Nr. 82 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 25. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 87, 17 1 98. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 1.—. Reklamezeile, 82 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 u. 5. ... Ortsgebühr für Buchladenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 1.75, vierteljährlich M. 5.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 1.75, vierteljährlich M. 5.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut ..., in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die verworrene Lage

Die politische Lage ist noch immer heillos verworren. Die gestrige Berliner Kabinettssitzung, an der der Reichspräsident, die Reichsregierung und die Fraktionsführer teilnahmen, währte, wie uns berichtet wird, bis gegen 9 Uhr abends, ohne daß bis dahin Entscheidungen getroffen waren. Um diese Zeit stand der „Voss. Ztg." zufolge nur fest, daß das Gesamtkabinett seinen Rücktritt erklären werde. Gegen ½10 Uhr wurden nach einer Pause die Besprechungen wieder aufgenommen und waren bis Mitternacht noch nicht zum Abschluß gebracht. Der „Freiheit" zufolge, soll der Gesamtrücktritt der Regierung für die nächsten 24 Stunden zu erwarten sein. Es schwebten deshalb Verhandlungen zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung, an der sämtliche gewerkschaftlich vertretenen Richtungen beteiligt sind. Aber ein solches, der Verfassung sowohl, wie der Demokratie gänzlich widersprechendes Verfahren einer Klassenregierung auf nicht parlamentarischer Grundlage müssen auch die Demokraten und das Zentrum ablehnen. In Preußen sollen mit dem Ministerpräsidenten Hirsch an der Spitze sämtliche Minister aus ihren Aemtern scheiden, angeblich mit alleiniger Ausnahme der Minister Fischbeck, Stegerwald und Braun. Als Nachfolger für den Minister des Innern wird neben zwei Parteiführern der preußische Mehrheitssozialdemokrat Graef, Frankfurt a. M., und neuerdings der im Berliner Parteileben eine führende Rolle spielende Mehrheitssozialist Krüger genannt.

Man vermag nicht einzusehen, wie Fischbeck und Stegerwald unter einer nicht-parlamentarischen Regierung im Amte bleiben könnten, und sieht aus allen diesen Erörterungen nur, wie groß der Wirrwarr ist, obwohl jetzt tatsächlich kein Mensch mehr den Glauben an eine Gefahr der Reaktion fordern kann. Diese Gefahr, soweit sie noch existieren könnte nach dem jämmerlichen Zusammenbruch der Kappisten, kann nur durch den Terror von links wieder geschaffen werden. Denn schließlich folgt auf Terror und Anarchie stets Reaktion, und Terror und Anarchie bilden die einzige ernstliche Gefahr für das Leben des deutschen Volkes. Auch das Ausland würde seine Folgerungen daraus ziehen, und es läßt die Art dieser Folgerungen klar erkennen, wenn nun (nach englischen Stimmen) auch der amerikanische Gesandte in Berlin einen Schritt getan hat, der vielleicht denen zu denken gibt, die alles auf die eine Karte des Radikalismus gesetzt haben.

Aus unbedingt zuverlässiger Quelle wird uns genauer darüber aus Berlin berichtet: „Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika hatte der deutschen Regierung gegenüber seiner Genugtuung über die überall erfolgte Beseitigung der militärischen Elemente und der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Ausdruck gegeben. Er ist überzeugt, daß die öffentliche Meinung in Amerika alle Versuche, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, die darauf abzielen, geordnete und feste Zustände zu durchbrechen, aufs schärfste mißbilligen würde. Gewaltakte oder Bestrebungen, eine Staatsumwälzung durch ungesetzliche Mittel herbeizuführen, würden dazu beitragen, die Wiederaufnahme guter Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufs schwerste zu gefährden. Solche Handlungen würden auch aufs ernsteste die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Aufbesserung der gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse durchkreuzen, die durch amerikanische Hilfsmaßnahmen geplant und bereits eingeleitet sind."

Es wird also auch von der Art der Neubildung der Reichsregierung abhängen, ob wir Lebensmittel und Rohstoffe aus Amerika erhalten oder nicht. Es geht um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes in diesen Tagen. Darüber sind sich leider große Teile des deutschen Volkes noch gar nicht klar. Sonst wäre es ja nicht (in dieser Zeit schon gar nicht) nach dem gänzlich mißglückten Versuch einer Gewaltherrschaft von rechts nun den gleichen verderblichen Versuch von der Gegenseite. Wir geben indessen die Hoffnung nicht auf, daß diese Klarheit noch eintritt, ehe es zu spät ist. Die größte Verantwortung liegt bei denen, die nur politische Ansprüche durchzusetzen, rein parteitaktisch zu verfahren suchen. Sie werden dereinst auch von denen verantwortlich gemacht werden, die heute — gleichviel aus welchem Lager — zu ihrem Heerbann gehören.

Die angeblichen Ministerkandidaten

* Berlin, 24. März.

Die „Neue Berliner Zeitung", ein Mittagsblatt, gibt bereits eine ganze neue Ministerliste aus. Das Blatt weiß zu melden: „Es ist sicher, daß ein großer Teil der Minister im Reich durch andere ersetzt werden wird. Ebenso steht fest, daß auch in Preußen ein umfangreicher Ministerwechsel stattfinden wird. Im Reich werden wahrscheinlich Reichskanzler Bauer, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Vizekanzler Schiffer, Minister des Auswärtigen Müller und vielleicht auch der Reichsarbeitsminister Schlicke ihre Plätze andern einräumen müssen. In Preußen nennt man unter den Ministern, die gehen, in erster Linie den Eisenbahnminister Oeser und den Finanzminister Dr. Südekum, daneben auch Kultusminister Hänisch. Auch mit dem Rücktritt des Landwirtschaftsministers Braun wird gerechnet. Wer an ihre Stelle treten wird, darüber lassen sich vorläufig nur Vermutungen aufstellen, denn die Verhandlungen sind noch völlig in der Schwebe. Für den Reichskanzler werden genannt Abgeordneter Braun-Franken, der Abgeordnete Hue und in einigen Kreisen tauchte die Kandidatur Eduard Bernsteins auf. Der Posten des Ministers des Aeußern soll mit Adolf Müller (zur Zeit Gesandter in Bern) oder mit Ulrich Rauscher besetzt werden, auch spricht man von Graf Bernstorff. Für den Reichswirtschaftsministerposten werden genannt die beiden früheren Inhaber dieses Ministeriums Dr. August Müller und Wissell, daneben Walter Rathenau. Für die Besetzung des Reichswehrministeriums sollen Loebe-Breslau und auch Stücklen, der die Kriegsgefangenenfrage behandelt hat, Chancen haben. Ferner wird der Abgeordnete Severing, der Staatskommissar für Rheinland-Westfalen, genannt. Man spricht davon, daß er Heines Nachfolger werden soll. Sollte es, wie es den Anschein hat, nur zu einer Umbildung der Regierung kommen, so wird die U. S. P. D. in diese neue Regierung nicht eintreten, sondern in der Opposition verharren, deren Schärfe davon abhängen wird, in welcher Weise die neue Regierung sich betätigt. Unzufriedenheit herrscht bereits darüber, daß nach Ansicht der radikalen Arbeiter die Regierung angeblich nicht mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit gegen die Mitschuldigen an dem Kapp-Putsch vorgehe. So begnüge sich die Regierung damit, gegen Beamte, wie den Vortragenden Rat Sigur und den Oberpräsidenten Winnig, nur in der Weise vorzugehen, daß sie vom Amte dispensiert und ein Disziplinarstrafverfahren gegen sie eingeleitet werde, während das Vorgehen der Regierung gegen Linksradikale unvergleichlich rigoroser gewesen sei. Man vermißt ferner ein Vorgehen gegen Rittmeister Kessel, der am Brandenburger Tor, gegen Oberleutnant Marloh, der am Alexanderplatz Truppen kommandierte, und gegen Oberleutnant Pflugk-Harttung, der an der Verschwörung beteiligt gewesen sei. Auch gegen den Chef der Marinebrigade, Kapitän Ehrhardt, stehe ein Verfahren noch aus. Die U. S. P. D. fordert nicht nur den Rücktritt der Reichsregierung, sondern auch der preußischen Regierung, und die Einsetzung einer Arbeiterregierung im Reiche und in Preußen, hat aber diese Forderung nicht zur Bedingung für die Aufhebung der Streiks gemacht. Die Demokratische Fraktion tritt heute zu einer neuen Fraktionssitzung zusammen. Ob bei der Neubildung einer Koalitionsregierung die Demokratische Fraktion durch dieselben Männer, wie in der bisherigen Regierung, vertreten sein soll, darüber steht ein Beschluß noch aus. Das Angebot der Mehrheitssozialdemokratie, als Nachfolger Noskes einen Demokraten zu wählen, wird mit gemischten Gefühlen aufgenommen und es besteht bisher wenig Neigung, diese dornenvolle Aufgabe zu übernehmen."

Reichstagswahlen am 6. Juni

\+ Berlin, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung schlägt als Termin für die Neuwahlen zur Nationalversammlung den 6. Juni vor. Wie verlautet, soll auf die vorherige Erledigung des Wahlgesetzes verzichtet werden, dagegen soll an der Einführung der Reichslisten festgehalten werden.

Die Fraktionen beraten

\+ Berlin, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktionen aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie haben für heute vormittag neue Fraktionssitzungen anberaumt.

Das Ende des Generalstreiks

WTB. Berlin, 24. März. Nachdem bereits gestern vormittag der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Ausschuß der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgegend, das Zentralkomitee der U. S. P. D. und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den Abbruch des Streiks beschlossen hatten, hat nunmehr auch die Berliner Streikleitung die Wiederaufnahme der Arbeit angeordnet.

\+ Berlin, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Heute bietet Berlin noch durchaus das Bild eines Großstreiktages. Weder die Verkehrsmittel noch die Gas- und Elektrizitätswerke haben die Arbeit in vollem Umfange wiederaufgenommen. Nach einer achttägigen Ruhepause stehen dem normalen Gang der Werke gewisse technische Schwierigkeiten entgegen. Die Arbeit der technischen Nothilfe hat, da sie nicht von reinen Facharbeitern ausgeführt ist, hier und da Störungen hervorgerufen. Auch Schutzgarde sind zu melden. Die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs wird erfolgen, sobald die genügende Strommenge vorhanden ist. Bei der Untergrundbahn waren die Arbeiter und Angestellten heute morgen fast vollzählig erschienen; sie wurden aber von radikalen Führern, denen die erfolgte Einigung offenbar noch nicht bekannt war, von der Aufnahme der Arbeit abgehalten. Die Beendigung der Streiklage dürfte noch zu Auseinandersetzungen Anlaß geben. Der Reichsarbeitsminister mußte feststellen, daß er der Kriegsindustrie die Bezahlung empfohlen habe. Ein Teil der Arbeitgeber hat sich bereit erklärt, Vorschüsse zu geben, die vermutlich nicht abgezogen werden.

× Berlin, 24. März. Nach elftägiger Pause sind die Berliner Zeitungen zum ersten Male wiedererschienen. Sie enthalten vor allem eine zusammenhängende Schilderung der Ereignisse in den verflossenen bewegten Tagen und stimmen darin überein, daß der Schaden, den Kapp und Genossen verursachten, ungeheuer sei und alle Kräfte angewandt werden müßten, um wiederaufzubauen, was jene zerstörten.

× Berlin, 24. März. Die Große Berliner Straßenbahn wird, voraussichtlich, falls die Stromlieferung nicht versagt, heute nachmittag 3 Uhr ihren Betrieb wiederaufnehmen.

Die Rücknahme der Reichswehr aus Berlin

Berlin, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichswehrtruppen in Berlin haben bereits Dienstag abend den Befehl der Regierung erhalten, sich auf die Spree-Linie zurückzuziehen, um damit den Vereinbarungen zwischen Regierung und Gewerkschaften zu entsprechen. Die Rücknahme der Truppen ist ohne Zwischenfall erfolgt. Die in den östlichen Vororten stehenden auswärtigen Truppenformationen werden im Laufe des Mittwoch in ihre Garnisonorte zurücktransportiert.

Nationalversammlung erst am Donnerstag

Aus Berlin wird gemeldet: Die für Mittwoch anberaumte Sitzung der Nationalversammlung ist nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses auf Donnerstag nachmittag angesetzt worden. Wie wir erfahren, will man vor Ostern nur eine oder zwei Sitzungen abhalten und nach Ostern die wichtigen Gesetzesvorlagen erledigen. Die Fraktionen sämtlicher Parteien sind mit Rücksicht auf die politische Lage und die im Gang befindliche Kabinettsbildung dauernd beisammen.

Eine Warnung des „Vorwärts"

* Berlin, 24. März. Der Vorstand der S. P. D. veröffentlicht im „Vorwärts" einen Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, in dem davor gewarnt wird, „in den Wahnsinn einer bolschewistischen Rätediktatur hineinzurennen, noch den Bürgerkrieg gegen alle Volksgenossen zu führen, die Uniform tragen".

Drohungen der Entente

Genf, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Pariser „Journal"-Meldung werden offizielle Erklärungen der alliierten Regierungen zu den Vorgängen in Deutschland nicht erfolgen. Der Zwischenfall Kapp sei für die Alliierten erledigt. Sie hätten ihm weniger Bedeutung beigelegt als der kommunistischen Bewegung in Deutschland, gegen die die Alliierten in keinem Falle passiv sich verhalten könnten, wenn mit der Errichtung von Räterepubliken und der Bewaffnung der Arbeiter Ernst gemacht werden sollte. Die Bewaffnung der revolutionären Arbeiterschaft würde eine Verletzung des Friedensvertrages in jedem Falle darstellen, da der Vertrag genau Art und Form der militärischen Bereitschaft Deutschlands vorschreibe.

Eine abgewiesene Forderung Millerands

Zürich, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Presse berichtet, daß der Botschafterkonferenz gegenwärtig ein Gesuch der deutschen Regierung vorliege, worin um weitere Milderung des Friedensvertrages namentlich in der Kohlenlieferung unter Hinweis auf die Lage im Ruhrgebiet nachgesucht wird. England und Italien wollen dem Wunsche Deutschlands nachkommen, dagegen hat Millerand offensichtlich einen ablehnenden Standpunkt vertreten. Gemeinsam mit Marschall Foch hat der französische Ministerpräsident von der Botschafterkonferenz für Frankreich die Erlaubnis verlangt, das Ruhrgebiet zu besetzen, um die im Vertrag festgelegten Kohlenlieferungen zu sichern. Diese Forderung ist jedoch, wie aus der Pariser Presse zu ersehen ist, bei den Vertretern Amerikas, Englands und Italiens auf entschiedenen Widerstand gestoßen.

Genf, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Kammerausschuß sprach Millerand am Montag über Frankreichs Stellungnahme zu den Ereignissen in Deutschland. Der Ministerpräsident führte aus, daß jede Staatsumwälzung in Deutschland Frankreichs Sicherheit unverkennbar bedrohe. Der Friedensvertrag gebe jedoch Frankreich gewisse militärische Rechte, besonders im besetzten Gebiet. Der Ministerpräsident wolle nicht der Entscheidung der Alliierten vorgreifen, er könne aber nicht die Politik des Abwartens um jeden Preis mitmachen. Die letzten Nachrichten aus Deutschland zeigten eine leichte Besserung der Gesamtlage, ohne daß aber der Ernst der Lage bis jetzt geschwunden sei.

Churchill über die bolschewistische Gefahr

Einer Reutermeldung aus London zufolge erklärte Churchill im Unterhaus bei den Beratungen über die Voranschläge für das Heer, die Lage im mittleren Osten sei äußerst drohend. In Aegypten herrsche eine Spannung. Palästina sei durch die französische Besetzung stark in Mitleidenschaft gezogen. Konstantinopel habe besetzt werden müssen. Mesopotamien verursache Besorgnis infolge der türkischen nationalistischen Bewegung und infolge der zum ersten Male von den Arabern gezeigten Tendenz, sich den türkischen Nationalisten anzuschließen, sowie infolge der bolschewistischen Gefahr. Hierbei würde sich die bolschewistische Militärmacht, von keiner russischen Staatskraft behindert, über das große Gebiet nördlich des Kaukasus und über das Kaspische Meer hinaus ausdehnen. Die Bolschewisten würden in enge Berührung mit den zweifelhaften Republiken Aserbeidschan und Georgien sowie den Streitkräften Mustafa Kemal Paschas kommen können. In militärischer Hinsicht würde diese Vereinigung furchtbar sein.

Ueber Deutschland sprechend, erklärte Churchill: Die dortige Lage verursacht uns die größten Besorgnisse. Wir haben uns gefreut, daß die deutsche Regierung die eine Schwierigkeit überwunden hat. Wir empfinden jedoch die tiefste Besorgnis über die Stellung der deutschen Regierung. Vom militärischen Standpunkt betrachtet, müßte es die Politik der britischen Regierung sein, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einer gemäßigten deutschen Regierung zu ermöglichen, sich am Leben zu erhalten, damit unter ihrer Aegide die Produktionstätigkeit und die Wohlfahrt des deutschen Volkes wiederaufleben können.

Verhaftung von Lüttwitz und Trotha

Wie das heute morgen erschienene „Berliner Tageblatt" erfährt, sind auf Anordnung des Generals von Seeckt Admiral Trotha in seiner Wohnung und General Lüttwitz in einem Krankenhaus festgenommen worden. Beide verbleiben zunächst in militärischer Schutzhaft, bis durch Reichsgesetz auch für die schuldigen Militärs die Zuständigkeit des Reichsgerichts begründet ist. — Von amtlichen Stellen ist diese Nachricht noch nicht bestätigt.

Steckbrieflich verfolgt

× Breslau, 23. März. Der Erste Staatsanwalt erließ einen Steckbrief gegen den Rittergutsbesitzer von Kessel-Oberglauche im Kreise Trebnitz wegen Hochverrats. Kessel war während der jüngsten Revolution zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt worden.

Der ehemalige „Kultusminister" Traub

Aus Berlin wird gemeldet: Der Abgeordnete Traub ist aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschieden und wird sein Mandat niederlegen. Im Seniorenkonvent der Nationalversammlung ist die Frage erörtert worden, wie sich das Haus zu dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Inhaftierung Traubs stelle. Selbst von den deutschnationalen Senioren wurde befürwortet, daß in diesem Ausnahmefalle vom Rechte der Immunität der Abgeordneten kein Gebrauch gemacht werde.

Die Verhandlungen im Ruhrgebiet

48stündige Waffenruhe

Die Kommunistenherrschaft im Industrie- und Kohlenrevier des Westens bedroht die sich im übrigen Deutschland allmählich wieder einstellende Ruhe in steigendem Maße. Der Beginn der Verhandlungen mit den Machthabern im Ruhrgebiet hat die ungeheure Gefahr erst richtig deutlich gemacht. In den Aufrotten stehen große bewaffnete Arbeitermassen, die anscheinend gut diszipliniert und kriegsmäßig ausgerüstet sind; es ist dort zu einer weitgehenden Einigung der drei sozialistischen Parteien gekommen. Dabei sollen sowohl die Unabhängigen als auch die Kommunisten sich bereit erklärt haben, von einer sofortigen Ausrufung der Rätediktatur Abstand zu nehmen, und auch keine überstürzten Sozialisierungsmaßnahmen verlangt haben. Außer dem Minister Giesberts ist der Landwirtschaftsminister Braun nach Westfalen entsandt worden, um die Verhandlungen mit der Arbeiterschaft aufzunehmen. Aus diesen Verhandlungen erhofft die Reichsregierung eine weitgehende Entspannung der Lage, zumal die steigende Lebensmittelnot die Arbeiter in kurzer Zeit zur Waffenniederlegung treiben muß. Wie entschlossen aber die Aufständischen in ihrem Vorgehen sind, zeigt die Tatsache deutlich, daß der die Gewalt ausübende Zentralausschuß des revolutionären Proletariats erklärt, er verfüge über die Kohlenschätze Deutschlands und werde für jede Tonne Kohlen, die er liefere, die gleiche Menge Lebensmittel fordern. Und eine Ergänzung zu dieser diktatorischen Maßnahme bildet die Meldung, daß auf allen Bergwerken des Gebietes die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Die Vertreter der bewaffneten Arbeiterschaft haben ferner die ungeheuerliche Drohung ausgesprochen, daß sie im Falle einer militärischen Niederlage die Bergwerke in die Luft sprengen wollen. Aus alledem geht unwiderleglich der Ernst der Lage hervor. Ueber den Stand der Verhandlungen und die militärische Lage sind die folgenden Meldungen eingegangen:

\+ Bielefeld, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag fanden hier Besprechungen über die durch die Erklärung der Rätediktatur im Industriebezirk geschaffene Lage statt, an denen von der Reichsregierung der Reichspostminister Giesberts und der preußische Landwirtschaftsminister Braun teilnahmen, außerdem Reichskommissar Severing und Vertreter sämtlicher von der Rätediktatur betroffenen Orte des Industriegebietes. Es wurde eine Kommission mit der Aufgabe betraut, eine Grundlage zu Verhandlungen zu finden, die beide Parteien zu einer Einigung führt. Die Vertreter der bewaffneten Arbeiterschaft erklärten, daß ein Sieg der Regierung zugleich eine Niederlage sein würde, denn die hinter den bewaffneten Arbeitern stehenden Bergleute würden im Falle der Niederlage der bewaffneten Arbeiterschaft unter allen Umständen zur Sprengung der Bergwerke schreiten. Als Ergebnis der gestrigen Verhandlungen wurde ein achtundvierzigstündiger Waffenstillstand beschlossen, der sofort eintreten soll. Dazu eine vierundzwanzigstündige Kündigungsfrist. Ueber die weiteren Punkte wird die Kommission heute Mittwoch weiterberaten, nachdem die Entscheidungen der Regierung eingeholt sind.

\+ Köln, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Aus Essen wird berichtet: Im Bergbau wird seit Dienstag allgemein gearbeitet. Auf allen Zechen, die Montag streikten, fehlte zwar eine Anzahl Bergleute, im übrigen aber ist alles eingefahren.

* Frankfurt a. M., 24. März. Im Ruhrrevier hat die Herrschaft der bewaffneten Arbeiter im Laufe des gestrigen Tages eine weitere bedeutungsvolle Ausdehnung erfahren. Die Arbeiterarmee hat sich in den Besitz von Düsseldorf, Remscheid, Duisburg und Mülheim gesetzt. Die Arbeiter verfügen über eine große Anzahl von Maschinengewehren, Panzerautomobilen, leichte und schwere Artillerie. Das Hauptquartier der Arbeiterarmee befindet sich in Hagen. Für die Heftigkeit der Kämpfe, die sich hier abgespielt haben, ist es bezeichnend, daß das 61. Infanterieregiment der Reichswehr an einem einzigen Tage in einem kleineren Gefecht 13 Offiziere und 25 Mann an Toten verlor.

Es wird weiter gemeldet, daß in einer Vertrauensmännerkonferenz in Bielefeld, an der etwa 500 Personen teilnahmen, unter denen sich 20 Unabhängige befanden, dem Reichskommissar Severing nach seinem Bericht über die Lage ein Vertrauensvotum ausgesprochen wurde. Der militärischen Lage steht die Führung der Reichswehrtruppen, das Kommando des Wehrkreises 6, mit entschlossener Ruhe gegenüber. Die Sozialdemokraten Münsters hatten sich beschwerdeführend an General v. Watter gewandt. Im Generalkommando ist aber folgendes Telegramm eingegangen: „Die Reichsregierung spricht Ihnen das Vertrauen aus und bittet Sie, auf Ihrem Posten zu bleiben. (gez.) Ebert, Bauer, Noske." — Die Meldung, daß in Wesel und im Münsterlande große Truppenverbände zusammengezogen sind, scheint sich zu bestätigen. Die Roten Truppen halten die Linie Haltern—Wesel bis zum Rhein besetzt. — Die von vielen Seiten verbreitete Nachricht, daß im Ruhrrevier in den meisten Städten die Räterepublik bereits ausgerufen sei, wird von unterrichteter Stelle aus Bielefeld dementiert. In den meisten Städten haben sich Vollzugsausschüsse gebildet, in denen Arbeiter aller Parteien vom Zentrum bis zu der K. P. D. vertreten sind. Diese sorgen für die Ruhe und Ordnung in den Städten. Die alten Behörden arbeiten fast überall ungestört weiter, natürlich unter Kontrolle dieser Vollzugsausschüsse. Gerade weil die Arbeiter aller Parteien in den Ausschüssen vertreten sind, ist vielleicht die Hoffnung nicht unberechtigt, daß auf dem Wege der Verhandlungen die großen Gefahren einer Sonderpolitik des Ruhrgebietes beseitigt werden können.

...fsquelle ...senhändler ... & Co. ...reier ...uch ...statt ...ul-Anfang ...Tüten ...euertuch ... Metzler ...raucn ... Teilzahlung ...tmann

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200325/1